

„Die polizeiliche Registrierung von Widerstandshandlungen“, Eine kriminalsoziologische Untersuchung von Sebastian Messer, Nomos-Verlag Baden-Baden ISBN 978-3-8329-4143-7 und Dike-Verlag Zürich, ISBN 978-3-03751-145-9

Der Autor beschäftigt sich mit der Frage, ob und ggf. warum Polizeibeamte in verschiedenen Regionen in unterschiedlichem Maße von der Möglichkeit Gebrauch machen, Widerstandsanzeigen zu fertigen.

Der Focus wird von der Täterseite abgewandt und rückt die polizeiliche Situationsbewertung in den Mittelpunkt. Im Rahmen der Untersuchung wurden 300 Polizeibeamte befragt, um eine etikettierungstheoretische Erklärung für die regionalen Unterschiede im Helffeld zu finden.

Hintergrund der Untersuchung ist die Feststellung, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik für Kiel und Lübeck bei den Widerstandsanzeigen des Jahres 2003 eine deutlich voneinander abweichende Häufigkeitszahl ausweist. Diese lag in Lübeck um das 2,5fache über dem Kieler Wert; die Anzahl der Verurteilungen in diesem Jahr war jedoch nahezu gleich hoch.

Um mögliche länderübergreifende Umstände sichtbar zu machen, wurde die süddeutsche Stadt Mannheim als Vergleichsstadt herangezogen.

Durch einen Vergleich der Sozialstrukturen kommt Messer zunächst zu dem Ergebnis, dass die Städte miteinander vergleichbar sind. Auch die Häufigkeitszahlen der Gesamtkriminalität weisen eine ähnlich hohe Belastung auf; ebenso ist die Struktur der Tatverdächtigen vergleichbar.

Im Rahmen der Darstellung des aktuellen Forschungsstandes werden vier unterschiedliche Arbeiten vorgestellt, die übereinstimmend und auch für die Praxis wohl nicht überraschend zu dem Ergebnis kommen, dass Tatverdächtige eines Widerstandes oftmals jung, männlich, deutsch und vielfach bereits vorbestraft sind. Sie stehen häufig, zum Teil erheblich, unter Alkoholeinfluss. Die Tatverdächtigen wenden meist nur körperliche Gewalt an, der Gebrauch von Messern oder anderen Waffen ist selten, der Einsatz von Schusswaffen sehr selten. Das zeigt, dass sich diese Konflikte in der Regel spontan und ungeplant entwickeln. Widerstände erfolgen mehr in den Sommermonaten, meist am Wochenende und in den Abend- und Nachtstunden. Sie ereignen sich oft an Orten, die vorher als ungefährlich eingestuft worden sind. Es gibt jedoch keine bestimmten Situationen, in denen typischerweise Widerstände verübt werden.

Die vom Widerstand betroffenen Polizeibeamten sind häufig jung und haben wenig Diensterfahrung.

Die vorgenannten Erkenntnisse bestätigen sich auch in der von Messer durchgeführten Untersuchung.

Anschließend stellt Messer die rechtlichen Grundlagen und Besonderheiten zu § 113 StGB umfassend und gut verständlich dar.

Eine Besonderheit des Widerstandsparagrafen liegt darin, dass die Beamtin bzw. der Beamte selbst ein Verhalten wahrnimmt, dieses als Widerstand thematisiert und sich für oder gegen das Fertigen einer Anzeige entscheidet. Der Verlauf eines Konflikts hängt weitestgehend davon ab, welche kommunikative Kompetenz der Beamte zur Konfliktbewältigung hat und ob er damit die Aggression des Gegenübers abdämpfen kann.

Kernpunkt der Arbeit ist die Bewertung unterschiedlicher Situationen aus der Praxis. Die Befragten sollten 11 verschiedene Situationen dahingehend bewerten, wie sie diesem Konflikt begegnen und ob sie eine Strafanzeige wegen Widerstandes fertigen würden.

Hierbei sind keine grundsätzlich unterschiedlichen Konfliktbewältigungsstrategien bei den Beamtinnen und Beamten der verschiedenen Städte feststellbar.

Die polizeiliche Ausbildung wird ohne nennenswerte Unterschiede in allen drei Städten zwischen gut und befriedigend beurteilt; die polizeiliche Fortbildung scheidet etwas schlechter ab. Die rechtlichen Kenntnisse werden besser bewertet als die Kenntnisse der Kommunikationstechniken.

Es zeigt sich jedoch, dass einige der vorgegebenen Konfliktsituationen regional unterschiedlich bewertet werden. Die Art des Konfliktes und die Stadt, in der dieser stattfindet, wirken sich somit auf die Anzeigenhäufigkeit aus. Beispielhaft sei folgende Situation genannt: „Die Durchführung einer rechtmäßigen Blutentnahme wird durch den gewaltbereiten Beschuldigten mittels kräftigen Verschränkens der Arme auf dem Rücken verhindert“. Die rechtliche Betrachtung kann zu zweierlei Ergebnissen führen. Die Bereitschaft, eine Widerstandsanzeige zu fertigen, war in Lübeck fast doppelt so hoch wie in Mannheim.

Thematisiert wurden auch die prophylaktischen Anzeigen, d. h. das Fertigen einer Widerstandsanzeige, um einer möglichen Gegenanzeige wegen Körperverletzung im Amt oder Nötigung im Amt zuvor zu kommen. Dieses Thema wurde wissenschaftlich bislang nur unzureichend beleuchtet. Hier zeigt sich, dass die Befragten des mittleren Dienstes sich eher für prophylaktische Anzeigen entscheiden als Beamte des gehobenen Dienstes. Die Tendenz zur Anzeigenerstattung nimmt mit zunehmender Diensterfahrung ab. Die Lübecker Beamtinnen und Beamten fertigen prophylaktischer Anzeigen etwas häufiger als dieses in den beiden anderen Städten der Fall ist. Resultat dieser Befragung ist aber auch, dass das Fertigen prophylaktische Anzeigen in der Praxis eher selten ist.

Insgesamt kommt Messer zu dem Ergebnis, dass es in den Städten unterschiedliches Bewertungs- und Anzeigeverhalten gibt. Diese vermag die unterschiedlichen Hellfeldzahlen allerdings nur in Teilen zu erklären. Die Faktoren Geschlecht und Diensterfahrung sind nicht generell, wohl aber bei bestimmten Konflikten in unterschiedlichem Maße relevant. Polizeibeamtinnen und diensterfahrenere Beamte neigen eher zu deeskalierendem Einschreiten. Männliche Beamte entscheiden sich häufiger für eine Durchsetzungsstrategie mit anschließender Strafanzeige wegen Widerstandes.

Somit ist auch die regional-strukturelle Verteilung der Beamtinnen und Beamten in den Städten von Bedeutung für die Anzahl der gefertigten Widerstandsanzeigen.

Die Untersuchung zeigt, dass die Fallzahlen des Widerstandes nicht nur vom Verhalten des polizeilichen Gegenübers beeinflusst werden; auch bestimmte individuelle Merkmale der Polizeibeamten spielen eine Rolle. Unterschiedliche personelle Strukturen der Polizei müssen beim Vergleich der Zahlen mit berücksichtigt werden.

Eine weitere wesentliche Erkenntnis liegt darin, dass knapp ein Drittel aller tatbestandsmäßigen Widerstände statistisch nicht registriert wird, da die Polizeibeamten sie nicht als Widerstand subsumiert und folglich keine Anzeige erstattet haben. So

offenbart sich einmal mehr die begrenzte Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik.

Die Arbeit ist verständlich geschrieben. Sie bietet interessante Erkenntnisse für Kriminologen, Dienststellenleiter und Personalreferenten der Polizei und die polizeiliche Aus- und Fortbildung. Der Aufbau des Buches ist gelungen und das Verständnis wird durch gute Zusammenfassungen der Einzelergebnisse gefördert.

Hans-Jürgen Köhnke